

Die SPD und das rot-grüne Bündnis

– Argumente und Tatsachen –

- 1. Entscheidung für Deutschland – Zukunft statt Rot-Grün**
- 2. Die SPD kann keine „eigene Mehrheit“ erreichen**
- 3. Führende Politiker der SPD sind für ein rot-grünes Bündnis**
- 4. Inhaltliche Annäherung an die Grünen**
- 5. Die politischen Ziele der Grünen**
- 6. Grüne Moral: Anspruch und Wirklichkeit**
- 7. Beispiele rot-grüner Politik**

1. Entscheidung für Deutschland – Zukunft statt Rot-Grün

Der Kandidat Rau behauptet, er wolle nicht mit den Grünen koalieren, und hat die Lösung von der „eigenen Mehrheit“ ausgegeben. Doch die SPD hat keine Chance auf eine absolute Mehrheit. Nur in einem rot-grünen Bündnis könnte sie zurück an die Macht.

Denn in den Bundestagswahlen von 1969 bis 1983 hat die SPD im Durchschnitt nur 42,4 Prozent erhalten. Bei der letzten Bundestagswahl erreichte sie sogar nur 38,2 Prozent. Eine absolute Mehrheit ist also völlig illusorisch. Selbst Parteichef Brandt hat 43 Prozent als ein „schönes Ergebnis“ für die SPD bezeichnet. Und bei den jüngsten Landtagswahlen hat die SPD kräftig verloren: in Bayern fünf Prozent und in Hamburg fast zehn Prozent.

Wenn die SPD also keine absolute Mehrheit erhalten kann, braucht sie einen Bündnispartner, um an die Regierung zu kommen. CDU/CSU und FDP stehen als Bündnispartner nicht zur Verfügung; blieben also nur die Grünen: Sie sind der einzige mögliche Bündnispartner für die SPD. Führende Sozialdemokraten haben denn auch ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Grünen eindeutig bekundet, so zum Beispiel Ministerpräsident Lafontaine: „Warum soll ich nicht mit Leuten zusammenarbeiten, die in vielen Fragen meiner Meinung sind?“ (Spiegel, 35/1986)

Auch inhaltlich hat sich die SPD seit ihrem Nürnberger Parteitag im August 1986 bereits auf ein Bündnis mit den Grünen eingestellt: Sie hat dort wichtige Forderungen der Grünen übernommen. Lafontaine selbst hat zugegeben: „In den existentiellen Fragen wie Kernenergie und atomare Rüstung kann ich keine großen Unterschiede zu den Positionen der Grünen erkennen.“ (Nürnberger Nachrichten, 10. Oktober 1986) Die links-alternative Zeitung „taz“ bezeichnete die SPD-Kehrtwende in der Energiepolitik als „Übernahme eines ganzen Kapitels grüner Umbau-Politik“. (12. August 1986)

Wenn die SPD zusammen mit den Grünen eine rechnerische Mehrheit erhielte, würde sie keine Sekunde zögern, ein rot-grünes Regierungsbündnis zu schließen:

- Schröder in Niedersachsen hatte es vor;
- von Dohnanyi hat in Hamburg vor der Bürgerschaftswahl erklärt: „Mit dieser GAL nicht einen Millimeter.“ Nach der Wahl baut er bei der Genehmigung des Landshaushalts auf die Stimmen der Grünen.
- Börner in Hessen hat vor der Landtagswahl erklärt, es werde nie ein Foto geben, das ihn mit den Grünen am Verhandlungstisch zeige (Der Spiegel, 16. August 1982), denn er sei Naßrasierer und wolle sich morgens auch noch im Spiegel angucken können, „ohne sich ansputzen zu müssen“. (Zitiert nach Hess. Niedersächsische Allgemeine, 15. September 1983) Heute sitzt er einrächtig mit dem grünen Umweltminister Fischer am hessischen Kabinettstisch.

Wenn Rau also sagt, er wolle kein Bündnis mit den Grünen: Warum sollten wir ihm

eigentlich mehr glauben als Börner? Und wenn Rau im Falle eines Falles wirklich nicht wollte, dann stünden Brandts rot-grüne Enkel nur zu gerne bereit.

Die Grünen könnten also unter Umständen über die Zukunft unseres Landes mit entscheiden. Deshalb müssen alle Wähler wissen, wer die Grünen sind und was sie wirklich wollen. Die Grünen sind schon lange keine Umweltpartei mehr. Ihr Programm ist ein Programm des Pessimismus, der Blockade und des Ausstiegs. Sie sind eine Partei des Rückschritts und der elitären Moral. Grüne distanzieren sich nicht eindeutig von der Gewalt, nehmen Gewalt gegen Sachen zur Durchsetzung politischer Ziele in Kauf, sie wollen die Abtreibung bis zum neunten Monat freigeben, sie wollen raus aus der NATO und die Bundesrepublik Deutschland vom Weltmarkt abkoppeln, obwohl bei uns jeder dritte Arbeitsplatz davon abhängt.

Deshalb sagen wir, daß die Bundestagswahl am 25. Januar eine Richtungsentscheidung ist zwischen der CDU-geführten Bundesregierung und dem rot-grünen Lager — eine Entscheidung für Deutschland: Zukunft statt Rot-Grün.

2. Die SPD kann keine „eigene Mehrheit“ erreichen

In den Bundestagswahlen von 1969 bis 1983 hat die SPD im Durchschnitt 42,4 Prozent erhalten. Bei der letzten Bundestagswahl erreichte sie sogar nur 38,2 Prozent. Die SPD ist also eine strukturelle Minderheitspartei.

Im Wahlkampf-Handbuch der SPD heißt es: „Wenn die SPD ihr erklärtes Wahlziel, aus eigener Kraft die Mehrheit im Bundestag zu erlangen, erreichen will, muß die Union jeden fünften Wähler von ihrem Rekordergebnis 1983 verlieren.“

Das bedeutet in absoluten Zahlen: Von den rund 4,1 Millionen Stimmen Vorsprung, den die Union 1983 gegenüber der SPD erzielen konnte, müßte die SPD 3,8 Millionen, also fast 93 Prozent, zurückgewinnen. Dieses Ziel ist utopisch. Bei den Landtagswahlen in Bayern verlor die SPD fünf Prozent und in Hamburg fast zehn Prozent.

3. Führende Politiker der SPD sind für ein rot-grünes Bündnis

Führende Politiker der SPD signalisieren den Grünen Bündnisbereitschaft:

„Warum soll ich nicht mit Leuten zusammenarbeiten, die in vielen Fragen meiner Meinung sind?“ (Oskar Lafontaine, Der Spiegel, 35/1986)

„Da es zur Zeit nicht danach aussieht, als könne die SPD allein die notwendige Mehrheit zur Ablösung der Bundesregierung erreichen, muß sie eine Zusammenarbeit mit den Grünen als Möglichkeit ins Auge fassen.“ (Oskar Lafontaine, Der andere Fortschritt, Hamburg 1985, S. 197f.)

„Wenn halt nur die Grünen bereit sind, mit uns den konservativen Spuk zu beenden, dann sage ich, läßt es uns gemeinsam machen!“ (Willi Görlich, SPD-Minister in Hessen, Der Spiegel, 19/1986)

„Ich glaube, daß es außerordentlich schwierig sein wird, ... im Bundestagswahlkampf 1987 eine eigene Mehrheit der SPD zustande zu bringen ... Die Alternative heißt in Wirklichkeit, 1987 wenigstens: eigene Mehrheit für die SPD oder aber eine mit Grünen.“ (Karsten Voigt, MDB, SDR, „Südfunk aktuell“, 14. Oktober 1986)

„Die machtpolitische Möglichkeit des Wechsels ... ist mit der These von der eigenen Mehrheit nicht machbar. Deshalb sagen wir, wenn nötig, muß eine rot-grüne Koalition als Möglichkeit zur Ablösung der Rechtsregierung eingegangen werden.“ (Michael Guggemoos, Bundesvorsitzender der Jusos, zitiert nach Neue Osnabrücker Zeitung, 14. Oktober 1986) Dazu Gerhard Schröder im Westdeutschen Rundfunk: „... würde ich das, was der Juso-Vorsitzende gesagt hat, nicht so einfach abtun wollen als eine Randerscheinung.“ („Mittagsmagazin“, 14. Oktober 1986)

Offensichtlich sollte das rot-grüne Bündnis aber nicht nur mit Worten, sondern auch in gemeinsamen Arbeitstreffen vorbereitet werden. Die Stuttgarter Nachrichten berichten am 27. Oktober 1986, daß mehrere SPD-Abgeordnete des linken Flügels ein Zusammentreffen mit prominenten Grünen planten, um über rot-grüne Gemeinsamkeiten zu beraten. Das Treffen war bereits fest verabredet, wurde jedoch, da es im zeitlichen Zusammenhang mit dem SPD-Parteitag in Offenburg stand, zunächst abgesagt. (taz, 28. Oktober 1986)

Von Willy Brandt, der ein Ergebnis von 43 Prozent für die SPD als „schönen Erfolg“ bezeichnet hatte, wird berichtet, er habe vor dem Parteirat der SPD gesagt: „Natürlich kämpfen wir um die eigene Mehrheit, aber wenn wir das nicht schaffen, müssen wir über andere Möglichkeiten nachdenken.“ (Zitiert nach Bild, 27. Oktober 1986)

Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang das Verhalten der SPD nach der Wahlniederlage in Hamburg:

Vor der Bürgerschaftswahl sagte Dohnanyi deutlich: „Mit dieser GAL nicht einen Millimeter, jedenfalls nicht mit mir.“ (Welt, 12. Dezember 1986); nach der Wahl baute er für die Verabschiedung des Landshaushaltes sofort auf die Stimmen der GAL.

In vielen Gemeinden gibt es inzwischen rot-grüne Bündnisse. Die SPD in Nordrhein-Westfalen, deren Vorsitzender der Kandidat Rau ist, arbeitet beispielsweise derzeit in 21 Gemeinden mit den Grünen zusammen.

4. Inhaltliche Annäherung an die Grünen

Die SPD hat sich auch programmatisch auf eine mögliche Zusammenarbeit mit den Grünen eingestellt. Schon vor dem Nürnberger Parteitag der SPD stellten die Jungsozialisten in einem Positionspapier fest, „daß zwischen SPD und Grünen bereits wichtige inhaltliche Übereinstimmungen“ bestünden. (Zitiert nach ddp, 21. August

1986) Ministerpräsident Lafontaine gab zu: „Der Prozeß des Umdenkens in der SPD ist durch die Grünen beschleunigt worden.“ (Der Spiegel, 35/1986) Und wenig später wurde er noch deutlicher: „In den existentiellen Fragen wie Kernenergie und atomare Rüstung kann ich keine großen Unterschiede zu den Positionen der Grünen erkennen.“ (Nürnberger Nachrichten, 10. Oktober 1986) Die links-alternative Zeitung „taz“ bezeichnete die SPD-Kehrtwende in der Energiepolitik als „Übernahme eines ganzen Kapitels grüner Umbau-Politik“. (12. August 1986)

Unter dem Einfluß der Grünen haben sich die politischen Vorstellungen der SPD verschoben. Die Grünen haben die politische Führung in der Opposition übernommen; die SPD befindet sich inzwischen im programmatischen Schlepptau der Grünen.

Dafür einige Beispiele:

Rücknahme des NATO-Doppelbeschlusses

SPD früher: Der NATO-Doppelbeschuß kam auf Betreiben von Helmut Schmidt zustande. Im Dezember 1979 sprachen sich auf dem Berliner SPD-Parteitag etwa 80 Prozent der Delegierten für diesen Beschuß aus. Die Sowjetunion kehrte danach schließlich wieder an den Verhandlungstisch zurück.

Grüne: Die Grünen waren von Anfang an gegen den NATO-Doppelbeschuß.

SPD heute: Jetzt verlangt auch die SPD „von den USA einen Aufstellungsstopp und die Rücknahme der Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles“! (Wahlprogramm)

Abbau der Bundeswehr

SPD früher: In ihrem Godesberger Programm bekannte sich die SPD zur Bundeswehr. Noch Mitte 1982 forderte SPD-Verteidigungsminister Apel: „Der Grundwehrdienst wird verlängert werden müssen. Das Gesetzgebungsverfahren wird Mitte der 80er Jahre einzuleiten sein.“ (Stellungnahme des Bundesministers der Verteidigung zu Ergebnissen der Kommission für die Langzeitplanung der Bundeswehr, Material für die Presse, Bonn, 21. Juni 1982)

Grüne: Die Grünen dagegen fordern die „drastische Reduzierung des Personalbestandes der Bundeswehr“ und die „drastische Verkürzung der Wehr- und Zivildienstzeit“. (Wahlprogramm, Mai 1986)

SPD heute: Jetzt auf einmal will auch die SPD, daß „größere Teile der Streitkräfte auf Kaderverbände reduziert und Präsenzlücken durch Verfügungsbereitschaft und Reservisten abgedeckt werden“. (Beschuß des SPD-Parteitages in Nürnberg, August 1986) „Die ... Verlängerung des Grundwehrdienstes wollen wir zurücknehmen, weil wir sie für falsch halten.“ (Wahlprogramm)

Aufgabe des Wiedervereinigungsgebotes des Grundgesetzes

SPD früher: Noch im Februar 1984 stimmte die SPD im Deutschen Bundestag der gemeinsamen Entschließung zur Deutschlandpolitik zu: Es bleibt unsere Aufgabe, „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das Deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“.

Grüne: Die Grünen dagegen wollen „den endgültigen Verzicht auf alle Gebietsansprüche und ‚Wieder-‘ oder ‚Neuvereinigungsoptionen‘“. (Wahlprogramm, Mai 1986)

SPD heute: Die SPD will sich jetzt auch nicht mehr klar und eindeutig zum Ziel der Wiedervereinigung bekennen: „Beide deutschen Staaten werden als voneinander unabhängige Staaten mindestens solange existieren wie die Bündnisse... Es bleibt daher offen, wie der Anspruch der Deutschen auf Selbstbestimmung verwirklicht werden kann.“ (Wahlprogramm, Oktober 1986)

Ausstieg aus der Kernenergie

SPD früher: Viele Jahre unterstützte die SPD die friedliche Nutzung der Kernenergie. Unter SPD-Regierungen wurden 17 von 19 Kernkraftwerken in der Bundesrepublik Deutschland genehmigt. In der Präambel des Godesberger Programms bezeichnete die SPD die Kernenergie als „die Hoffnung dieser Zeit, daß der Mensch im atomaren Zeitalter sein Leben erleichtern, von Sorgen befreien und Wohlstand für alle schaffen kann“.

Grüne: Die Grünen dagegen sind seit ihrer Gründung als Partei für die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke.

SPD heute: Inzwischen verspricht auch die SPD: „Wir werden von uns aus alles tun, damit innerhalb des Zeitraumes von zehn Jahren eine Energieversorgung ohne Atomkraft für die Bundesrepublik Deutschland verwirklicht wird.“ (Wahlprogramm) Die „tageszeitung“ kommentierte die energiepolitische Kehrtwende als „Übernahme eines ganzen Kapitels grüner Umbau-Politik“. (12. August 1986)

Zugang von Verfassungsfeinden zum öffentlichen Dienst

SPD früher: Unter Bundeskanzler Brandt wurde in einem gemeinsamen Beschuß der Regierungschefs des Bundes und der Länder bestätigt, daß Feinde der demokratischen Grundordnung keinen Zugang zum öffentlichen Dienst bekommen sollen.

Grüne: Die Grünen wenden sich „mit aller Entschiedenheit“ gegen das Fernhalten von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst; der „Extremisten-Beschluß“ wird von ihnen als „Berufsverbot“ verunglimpft. (Bundesprogramm 1980)

SPD heute: Die SPD hat sich angepaßt; sie will heute „weder geschriebene noch faktische Extremistenerlasse ...“ (Wahlprogramm)

Bekämpfung des Terrorismus

SPD früher: Die SPD-Bundesregierung legte 1975 einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Terrorismus vor, der die Einführung des „Kronzeugen“ vorsah. (Bundestagsdrucksache 7/4005, 5. Juni 1975) Die Befürwortung von Straftaten und die Anleitung zu Straftaten wurden unter der SPD-Regierung im April 1976 unter Strafe gestellt.

Grüne: Die Grünen lehnen die Anti-Terror-Gesetze und die Kronzeugenregelung ab und fordern sogar den „Abbau der Personalstärken der Polizeien des Bundes und der Länder“, die „Beschränkung des Aufgabenbereiches und der Befugnisse des Bundeskriminalamtes (BKA)“ und die „Auflösung aller kasernierten Polizeieinheiten“. (Wahlprogramm, Mai 1986)

SPD heute: Inzwischen ist auch die SPD gegen die Einführung des „Kronzeugen“. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert außerdem, das Tatbestandsmerkmal des Werbens für eine terroristische Vereinigung aus dem § 129 a des Strafgesetzbuches zu streichen. (Bundestags-Drucksache 10/1983) Und in ihrem Wahlprogramm spricht die SPD bereits von einer angeblichen „Teilmilitarisierung der Polizei“.

5. Die politischen Ziele der Grünen

Innerer Frieden

Die Grünen fordern den „Abbau der Personalstärken der Polizeien des Bundes und der Länder“, die „Auflösung aller kasernierten Polizeieinheiten (Bereitschaftspolizei und Bundesgrenzschutz)“, die „Beschränkung des Aufgabenbereiches und der Befugnisse des Bundeskriminalamtes“ (BKA), die „Verhinderung des Pakets der sogenannten Sicherheitsgesetze, die Aufhebung der bereits verabschiedeten Gesetze“, die „Streichung der Anti-Terror-Gesetze“ (§ 129, § 129 a StGB) (Bestrafung der Bildung krimineller Vereinigungen und Bildung terroristischer Vereinigungen), die „Auflösung aller Sonderhaftbedingungen und -bereiche“ und die „Entkriminalisierung von Bagatelldelikten“. (Wahlprogramm)

Sicherheitspolitik

Für die Grünen sind „einseitiger, bedingungsloser Verzicht der Bundesrepublik auf neue Waffengenerationen und einseitiger Abbau bestehender Rüstungspotentiale“ unabdingbare Forderungen. Die Grünen sind „grundsätzlich für die Streichung sämtlicher Rüstungsausgaben“. Sie wollen eine „drastische Reduzierung des Personalbestandes der Bundeswehr sowie die drastische Reduzierung der Mittel für Manöver und sonstige Übungen“. Sie fordern, daß die als Gegengewicht gegen die sowjetischen SS-20-Raketen aufgestellten Pershing II und Cruise-Missiles „ohne neue Verhandlungen innerhalb der NATO oder zwischen USA und UdSSR abgezogen werden“. Mit keinem Wort fordern sie den Abzug der sowjetischen Raketen, die uns

bedrohen. Sie wollen den „Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus der Bundesrepublik“, fordern aber nicht den Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus der DDR. Sie „begreifen eine Strategie der einseitigen Abrüstung als Prozeß der Herauslösung der Bundesrepublik aus der NATO“ und wollen, daß „die NATO in eine Zerreißprobe geführt wird“. Die Grünen wollen „raus aus der NATO“ und „die Schwächung, Desintegration und schließliche Aufhebung dieses Bündnisses“. (Wahlprogramm 87, S. 26—31)

Wirtschaftspolitik

Die Grünen fordern den „teilweisen Abbau und den Umbau unseres Industriesystems“, eine „Abkehr von der hochgradigen nationalen und internationalen Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Wirtschaftsräumen“. Sie unterstützen „alle Bestrebungen, die zur Verminderung der Abhängigkeit vom Weltmarkt oder im weitestgehenden Fall — zur Abkoppelung führen“. (Sindelfinger Sofortprogramm 1983, S. 6—8) Jeder dritte Arbeitsplatz in der Bundesrepublik Deutschland ist vom Export abhängig; dennoch wollen die Grünen eine „binnenwirtschaftliche Orientierung“. (a. a. O., S. 9)

Die Grünen wollen „eine wachstumsunabhängige Politik“, die „die industrie-kapitalistische Wirtschaftsweise schrittweise überwindet“. (Umbauprogramm, Beschuß der Bundesdelegiertenversammlung in Nürnberg, September 1986, S. 7 f.) „Wachstum ... gilt nicht länger als wirtschaftliches Ziel ... Das Gerede vom qualitativen Wachstum verdeckt nur, daß es auch hierbei letztlich darum geht, gesamtwirtschaftliches Wachstum ... beizubehalten.“ (a. a. O., S. 9) Ziele sind eine Wirtschaftsform, „die sich von der sogenannten freien Marktwirtschaft verabschiedet“ (Eberhard Bueb, Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen, Frankfurter Rundschau, 3. Juni 1985) und „eine Absage an die Förderung von Hochtechnologien“. (Christian Schmidt, Fraktionssprecher der Grünen, zitiert nach dpa, 26. November 1985) Sie wollen den „Mythos von den sauberen Technologien brechen“ (Entgiftungsprogramm, S. 3), die „sofortige Einstellung des Baues und des Betriebs aller Atomprojekte“ (Sindelfinger Sofortprogramm, S. 14) und sie „wollen das Auto langfristig überflüssig machen“. (Dieter Drabiniok, Verkehrsexperte der Grünen im Deutschen Bundestag, zitiert nach „auto, motor und sport“, 7/1985, S. 185)

Ihr „Umbauprogramm“ sieht zusätzliche steuerliche Belastungen von etwa 60 Milliarden Mark jährlich vor; alleine für die Kraftfahrer wollen sie eine „Erhöhung der Mineralölsteuer um 50 Pfennige“ (Wahlprogramm).

Abschaffung des Schutzes des ungeborenen Lebens (§ 218 StGB)

Die Grünen fordern die „ersatzlose Streichung der §§ 218 und 219 StGB“, die „Abschaffung der Stiftung Mutter und Kind“, die „Möglichkeit zu ambulantem Abbruch in allen Kliniken und Praxen“ und die „Einrichtung von Ambulatorien“ für Schwangerschaftsabbrüche. (Wahlprogramm '87, S. 20) Das heißt: Abtreibungen sollen bis zur Geburt erlaubt sein. Hilfen für Frauen, die trotz schwieriger Lage dennoch ihr Kind zur Welt bringen wollen, werden abgelehnt.

Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie

Die Grünen fordern die „Stillegung aller Atomkraftwerke“ in der Bundesrepublik Deutschland. (Wahlprogramm) Die Forderung nach „Stillegung sämtlicher atomarer Anlagen auf sowjetischem Gebiet“ lehnten sie dagegen auf ihrer Bundesversammlung in Hannover im Mai 1986 ab.

6. Grüne Moral: Anspruch und Wirklichkeit

Die Grünen waren angetreten, um „eine Parteiorganisation neuen Typs“ zu schaffen, „in der die Beziehungen der Menschen untereinander und zur Natur zunehmend bewußter gehandhabt werden“. (Bundesprogramm 1980, S. 4) Von diesen hehren Vorsätzen ist fast nichts geblieben. Heute sind die Grünen eine überwiegend aus Steuergeldern finanzierte Partei der Cliquenwirtschaft und Ämterpatronage.

Arbeitslosengeld für Vorstandssprecher

Bundesvorstandssprecher Lukas Beckmann hat seit Mai 1984 rund 40 000 Mark Arbeitslosen-Unterstützung bezogen. (Bild, 4. und 5. September 1986; Pressemitteilung Lukas Beckmann, 5. September 1986) Die Grünen, die über ein Vermögen von mehr als 34 Millionen Mark verfügen (Rechenschaftsbericht für 1985), lassen ihren Vorstandssprecher aus den Beiträgen der Arbeitnehmer finanzieren, anstatt ihn aus eigenen Mitteln zu bezahlen. Die „tagesszeitung“ schrieb dazu: „Oh, ihr ehrbaren, unberührten, hehren Grünen. Selbstverständlich seid ihr nur ehrenamtlich tätig, im Dienst der guten Sache. Hört doch endlich mit diesem verlogenen Moralisieren auf. So jemand wie der Lukas Beckmann lügt sich doch bestenfalls selbst in die Tasche, wenn er seine Tätigkeit als ehrenamtlich bezeichnet und sich selbst als arbeitslos einstufen läßt.“ (taz, 6. September 1986)

Parteifinanzierung aus dem Staatshaushalt

Die Grünen decken den größten Teil ihres Haushaltes aus Steuergeldern. Allein im Europawahlkampf 1984 machten die Grünen aus Steuergeldern einen Gewinn von neun Millionen Mark: Ausgaben von 9,5 Millionen Mark stand eine Wahlkampfkostenerstattung von 18,9 Millionen Mark gegenüber. (vgl. Rechenschaftsbericht der Grünen für das Jahr 1984, BT-Drs. 10/4104, S. 46)

Insgesamt erhielten die Grünen laut eigener Rechenschaftsberichte in den ersten sechs Jahren ihres Bestehens 60,6 Millionen Mark Wahlkampfkostenerstattung. Der Anteil der Staatsfinanzierung liegt bei 57 Prozent. Im Parteiengesetz (§ 18 Abs. 6) ist jedoch in Übereinstimmung mit Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts festgelegt, daß die Wahlkampfkostenerstattung höchstens 50 Prozent der Gesamteinnahmen einer Partei betragen darf. Die Unabhängige Kommission für die Neuregelung der Parteienfinanzierung meint deshalb: „Die Entstehungsgeschichte der Partei ‚Die Grünen‘ stellt somit einen in der Bundesrepublik bisher einmaligen Fall staatlich

subventionierter Parteigründung dar.“ (Bericht der Unabhängigen Kommission für die Neuregelung der Parteienfinanzierung, 1983, S. 223)

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: „Erstattungsfähig sind nur die tatsächlichen Ausgaben, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit dem Wahlkampf stehen.“ (BVerfGE 20, 56, 115, bestätigt durch BVerfGE 24, 353; 41, 399; Urteil vom 14. Juli 1986) Die Grünen verstößen gegen dieses Urteil, wenn sie aus der Wahlkampfkostenerstattung Millionen Mark Überschüsse erzielen.

Ämterpatronage auf Kosten der Steuerzahler

Im hessischen Umweltministerium haben zehn Beamte aus Protest gegen die einseitige Auswahl von Bewerbern den Petitionsausschuß des Hessischen Landtages angerufen: sie beschwerten sich, daß der Minister „finanziell überdurchschnittlich hoch ausgestattete Stellen ganz überwiegend mit Außenstehenden“ besetze. (Bild am Sonntag, 23. Februar 1986) Nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Wiesbaden gab es „kein ordentliches Auswahlverfahren“, der Verwaltungsgerichtshof Kassel verbot die Besetzung einer Stelle mit der Begründung, das Auswahlverfahren sei „ermessensfehlerhaft“. (Zitiert nach Welt am Sonntag, 29. Juni 1986) Die „tageszeitung“ veröffentlichte zu der Postenschieberei einen Artikel mit der Überschrift „Noch 'ne Karriere gefällig?“ (taz, 22. Juli 1985)

Grüne über Grüne

In der grünen Bundestagsfraktion gibt es ein „Klassensystem übelster Sorte“. (Maria Heider, Fraktionsmitarbeiterin, zitiert nach taz, 7. April 1986) Ihre Kollegen in der Düsseldorfer Landesgeschäftsstelle der Grünen sprechen über „Sklavenhalterverträge“, durch die sie sich geknebelt fühlen. (Frankfurter Rundschau, 13. März 1985) Den Versuch, ihr Beschäftigungsverhältnis bei der grünen Stadtratsfraktion aus politischen Gründen zu kündigen, kommentierten die Mitarbeiter Jutta Ditfurth und Manfred Zieran damit, daß man „erschreckend dicht bei einem inner-Grünen Berufsverbot, bei einem Radikal(ökologen) Erlaß“ angelangt sei. (tageszeitung, 2. April 1985) „Kein vernünftiger Mensch erträgt diese Partei!“ meint ein führendes Mitglied der nordrhein-westfälischen Grünen und fügt hinzu, daß „kluge und sensible Menschen grüne Sitzungen nur zwei oder drei Stunden lang“ aushalten können. (Michael Merkel, tageszeitung, 21. Juni 1985) „Psychoterror“ (Landesvorstand Nordrhein-Westfalen, tageszeitung, 20. Mai 1985) und „Häme und Hetze“ (Waltraud Schoppe, FAZ, 10. Dezember 1985) herrschen in der Partei.

Diejenigen, die einst mit gutem Willen zu den Grünen gegangen waren, wenden sich heute enttäuscht und zum Teil entsetzt ab: „Unsere Politik ist zu einem mühsamen Geschäft geworden. Wir haben nicht gehalten, was wir von uns versprochen haben, nämlich Trägerin einer veränderten politischen Kultur zu sein, ein Stück konkrete Utopie vorzuleben.“ (Adrienne Goehler, Mitglied der GAL Hamburg, in: Richardsen, Elke A. und Michalik R., Hrsg., Die quotierte Hälfte, Frauenpolitik in den grün-alternativen Parteien, Berlin 1985, S. 104)

„Den Luxus“, bei der Besetzung von Ämtern „auf fachliche Kompetenz, auf politische Erfahrung, auf charakterliche Eignung o. ä. zu achten, leistet man/frau sich schon meist nicht mehr“. (Düsseldorfer Erklärung der Grünen NRW, S. 4, angenommen von der Landesdelegiertenkonferenz, 1. bis 3. November 1985)

„Die Umweltpolitik steht bei den Grünen auf der Roten Liste. So gibt es Bundes- und Landesarbeitsgemeinschaften zu allen erdenklichen Politikbereichen — nur nicht für die Ökologie- und Umweltpolitik... Die Überlegenheit ist längst verspielt, verschandelt und verpennt. Die Grünen dilettieren auf Politikbereichen, wo ihnen die Altparteien nebst Gewerkschaften traditionell voraus sind... Den allermeisten Grünen ist die Umwelt irgend etwas zwischen schietegal und nicht so wichtig... Die Grünen liefern den ganzen verquasten, inkompetenten, ebenso hochmütigen wie wirklichkeitsfernen Schrott frei Haus: Wir sind die einzige Wahren, zu uns gibt es keine Alternative (doch, die gibt's: vier Jahre mal keine Grünen und damit keine Staatsknechte für leistungsscheue Psychoasylanten), wer irgendwie anders denkt, hat's noch nicht gerafft oder hat sonst ein Rad ab... Das Wahlprogramm ist ökologisch total ignorant, ... Erleichtert bin ich, nun nicht mehr zum Landesvorstand fahren und in dieser stinkigen Düsseldorfer Geschäftsstelle zwischen lauter suchtkranken Kettenrauchern über die Sanierung der deutschen Luft nach Tschernobyl nachdenken zu müssen... Wenn ich nun offen bekenne, ... daß ich das Angsthasengesülze von der Basisanbindung nicht mehr hören kann, wobei man auf nichts als informelle Absprachen, Konspiration, negative Koalitionen und Cliquokratie trifft, so werden sich nun alle ans Raucherbein Gepinkelten bestätigt fühlen. Ich gedenke nicht zu warten, was nun eher durchbricht, meine Magenschleimhaut oder Vernunft und Redlichkeit bei den Grünen... Die Partei ist nicht mehr, was auf ihrer Fahne steht: basisdemokratisch, sozial, ökologisch und gewaltfrei. Sie ist — zumal in NRW — cliquokratisch, sozialistisch, ökonomistisch...“ (Bettina Krems-Hemesath, ausgetretenes Vorstandsmitglied der Grünen NRW, Der Spiegel, 6. Oktober 1986) Bei den Grünen hat sich „eine austauschbare Funktionärsclique einen Parteapparat geschaffen, der unter dem Deckmantel der Basisdemokratie zur Abstimmungs- und Akklamationsmaschine verkommen ist... Die Grünen sind zu einem bedenklichen Täuschungsapparat geworden“, vor allem für Jugendliche. (Dr. Martin Schatta, ausgetretenes Gründungsmitglied der Grünen, Die Welt, 13. Februar 1986) „Weil man auf Fachleute verzichtet, wird auch kein Sachproblem wirklich ausdiskutiert. Das trifft vor allem auf den Umweltschutz zu. Da sind die anderen Parteien... längst besser besetzt... Die Grünen haben nichts Neues mehr zu bieten... Die Politik der Grünen besteht aus Anklagen und Besserwisserei... Wahr aber ist, daß die Grünen grundsätzlich Leuten nicht trauen, die kompetent sind. Die Partei wird von Mißgunst, Mißtrauen und Neid kleingeistig regiert... Man fährt stolz nach Moskau und würgt intern jede Diskussion über Afghanistan ab... Heute geht es vielen Funktionären nur noch darum, wie man an Staatsknekte kommt, also an Geld aus der Wahlkampferstattung für die Parteien... Nein, die Grünen haben abgewirtschaftet. Sie bestehen nur noch, um die eigene, millionenschwere Parteikasse zu verwalten.“ (Dr. Martin Schatta, Quick, 6. März 1986)

„Ineffizienz und Desinteresse, Doppelarbeit und vermeidbare Konkurrenz sind nach

wie vor an der Tagesordnung... GRÜNE Politik hat sehr stark vernachlässigt, neben das Andersreden und Beschlüßen auch das Selbervormachen zu setzen.“ (Henning Schierholz, MdB, Rechenschaftstelegramm, vorgelegt im Sommer 1986)

„Die Gründe, bei der grünen Partei auszutreten, waren für mich diese patriarchalischen Strukturen, die ich bei den Grünen festgestellt hab... Ich bin als Mensch in die grüne Partei gegangen und habe gedacht, das ist eine gute Zusammenarbeit Männer — Frauen, und ich bin als Frau aus dieser Partei rausgegangen.“ (Elisabeth Sellmann, von März 1982 bis Januar 1985 Landesvorsitzende der Grünen in Bayern, Interview in der „tageszeitung“, 13. November 1985)

Der ausgetretene Bundestagsabgeordnete Udo Tischer sieht eine „immer größer werdende Kluft zwischen grüner Alltagsarbeit und Programmatik und dem, was ich für realistische und vertretbare Politik halte“. (Brief an die Fraktionssprecherin Hannegrid Hönes, 17. Oktober 1986) Die bei den Grünen „unerträglich gewordenen inneren Spannungen“ sind ihm „gesundheitlich im wahrsten Sinne des Wortes kräftig auf den Magen geschlagen“. Er kritisiert, daß „fast die gesamte Fraktion aus dem Universitäten- oder Akademikerbereich kommt und entweder in Studentenausschüssen oder einer der Linksguppen politische und strategische Erfahrung sammeln konnte“, und beklagt den „Realitätsverlust grüner Programmatik“: „Jetzt, genau zu diesem Zeitpunkt, wo man Erfahrungen auswerten könnte, verschreiben sich die GRÜNEN in Hannover ein Parteiprogramm, welches sämtliche Erkenntnisse und Realitätvorstellungen katastrophal außer Acht läßt.“ (a. a. O.)

Besonders verbittert ist er über die „Eiszeitentwicklungen zwischen GRÜNEN und den Gewerkschaften und der Arbeitnehmerschaft“: „Es gibt kaum ein anderes Politikfeld der GRÜNEN, welches mich maßloser enttäuscht hat, als das Verhältnis der GRÜNEN zum Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Einzelgewerkschaften... Das Mißverhältnis der Studenten- und Akademikerpartei der GRÜNEN zu den Gewerkschaften und der Arbeitnehmerschaft hat mittlerweile Formen angenommen, die es Gewerkschafter(innen) bei den GRÜNEN bald unaushaltbar schwerkraft. Bitter ist die beißende Arroganz, wie grüne Mandatsträger von oben herab programmatisch wie auch auf der persönlichen Kontakt Ebene mit den Gewerkschaftsführungen umspringen.“ Er spricht von „gnadenloser Feindseligkeit“ der Grünen, „welche die Bloßstellung des DGB“ zum Ziel habe. „Die Einbeziehung der Arbeiterschaft fehlt... völlig.“ (a. a. O.)

7. Beispiele rot-grüner Politik

Hessen: Müllexport statt Müllbeseitigung

SPD und Grüne haben das Land nahe an einen Müllnotstand geführt. Müllexport statt Müllbeseitigung ist für den „grünen“ Minister Fischer inzwischen zur Devise geworden.

Die Blockade der Hausmülldeponie Messel ist ein Beispiel für die rot-grüne Müllpolitik: Um eine langfristig geordnete Abfallbeseitigung in Südhessen zu ermöglichen, wird seit 1974 die Errichtung einer Hausmülldeponie in Messel geplant. Auch für die SPD-geführte Landesregierung war die Grube Messel ein wesentlicher Bestandteil ihrer Abfallkonzeption gewesen. Sie begründete die Notwendigkeit der Deponie in ihrem Planfeststellungsbeschuß Ende 1981: „Nur die sofortige Vollziehung (der Grube Messel) kann sicherstellen, daß in absehbarer Zeit eine zuverlässige Abfallbeseitigungsmöglichkeit besteht, die den unmittelbaren Entsorgungsnotstand im Raum Darmstadt/Dieburg beseitigt und die Lösung der Abfallprobleme im Bereich des Umlandverbandes alsbald auf eine sichere Grundlage stellt.“

Da die Grünen gegen Messel als Deponiestandort waren, gab die SPD in den Koalitions-Vereinbarungen dem grünen Druck nach: „Die Grube wird nicht mit Hausmüll, Gewerbemüll, Sperrmüll oder MVA-Schlacke verfüllt... Die Grube Messel wird als Kulturdenkmal erhalten und deshalb unter Grabungsschutz gestellt.“ (Aus: Vereinbarungen zwischen SPD und Grünen, S. 23)

Dennoch gingen die Baumaßnahmen an der Grube auf Betreiben des Oberbürgermeisters von Darmstadt, Metzger (SPD), weiter, denn die von der SPD-Landesregierung verfügte Aufhebung ihres eigenen Sofortvollzugs wurde vom Verwaltungsgerichtshof des Landes Hessen am 19. Oktober 1984 außer Kraft gesetzt, weil ohne den Bau von Messel „kein ausreichender Deponieraum zur Verfügung steht. Zur Wahrung des Wohles der Allgemeinheit ist daher die Schaffung ausreichenden Deponieraums unabdingbar“. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. November 1984)

Bis heute sind fast 40 Millionen Mark Landesmittel in die Grube investiert worden. Obwohl das rot-grüne Bündnis die Inbetriebnahme verhindern will, ist Messel bis auf einige Hallen und Straßenbefestigungen soweit fertiggestellt, daß im August 1986 der Betreiber das Richtfest der Deponie feierte, während Minister Fischer die Enteignung der Betreiber ankündigte.

Da die hessischen Hausmülldeponien für Filterstäube aus Müllverbrennungsanlagen ausfallen und eine neue Abfallverordnung wegen Rechtswidrigkeit eingestampft werden mußte, sucht die rot-grüne Landesregierung ihr Heil jetzt im Müllexport. Zuerst versuchte Fischer, 10 000 Tonnen Filterstaub nach Österreich zu exportieren. Das wurde von Umweltschützern in Österreich heftig kritisiert und mißlang. (Vgl. FAZ, 20. November 1986) Jetzt will er hessischen Giftmüll nach Niedersachsen verfrachten, was bei seinen dortigen Parteidreunden zu heftigem Protest führte (Vgl. dpa, 15. Dezember 1986)

Blockade sinnvoller Verkehrspolitik

Die rot-grüne Blockade einer sinnvollen Verkehrspolitik in Hessen geht ebenfalls zu Lasten der Bürger. Auf Druck der Grünen hat die SPD erhebliche Kürzungen im Straßenbau vorgenommen. Allein im Landstraßenbau wurden im Haushalt 1984 die Investitionen um ein Drittel zusammengestrichen; nicht einmal die Hälfte der nach

der zehnjährigen Ausbauplanung von 1981 notwendigen Investitionsmaßnahmen wird nun durchgeführt. Davon sind allein **32 Ortsumgehungen betroffen**. Der Schwerverkehr wird sich also weiterhin durch die betroffenen Ortschaften quälen.

Hessen verfügt über ein dichtes **Autobahnnetz**, das aber bis heute **rund um Frankfurt eine große Lücke aufweist**. Unter den SPD-Regierungen in Bonn und Wiesbaden sind Autobahnstümpfe bis an den Stadtrand von Frankfurt gebaut worden und enden dort abrupt. Bei bis zu 300 000 Pendlern täglich sind kilometerlange Staus während des Berufsverkehrs die Folge. Deshalb wurde **vom ehemaligen SPD-Oberbürgermeister Rudi Arndt die Idee des Alleen-Tunnels zur Diskussion gestellt**. Mit einem Tunnel sollten die beiden Stümpfe der A 66 miteinander verbunden werden. Diese Tunnellösung ist deshalb sinnvoll, weil jede offene Bauweise im dichtbesiedelten Stadtgebiet aus Lärmschutz- und Umweltschutzgründen unverantwortbar wäre. Sie fand auch die **Zustimmung des damaligen SPD-Bundesverkehrsministers Volker Hauff und der SPD-geführten Landesregierung** in Wiesbaden.

Noch am 21. Juni 1983 nahm der Hessische Landtag mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimmen der Grünen den Bericht des damaligen Wirtschaftsministers Reitz zustimmend zur Kenntnis, in dem „das Alleen-Tunnel-Projekt für notwendig“ erklärt wurde. (Protokoll Hessischer Landtag, 10/886)

Die Planung dieses Projekts ist inzwischen fast abgeschlossen. **Wann aber mit den Bauarbeiten begonnen werden kann, ist noch völlig offen**. Neben den noch ausstehenden Gerichtsentscheidungen ist die Finanzierung des Projekts ungeklärt, **weil die heutige Landesregierung sich weigert, sich an den Kosten des Tunnels neben dem Bund und der Stadt Frankfurt zu beteiligen**. Hintergrund dieses Sinneswandels: **Die Grünen lehnen jeden Fernstraßenneubau ab**. In ihrem Landesprogramm heißt es: „Wir werden ... den Bau neuer Autobahnen und Schnellstraßen einstellen. Neue Straßen — gleich welcher Art — sind überflüssig.“

Das wichtigste Bauvorhaben der Deutschen Bundesbahn bis zum Jahr 2000 mit einem Investitionsvolumen von etwa sechs Milliarden DM betrifft die **Schnellbahnverbindung von Köln nach Frankfurt**. Dieses Bauvorhaben wird ganz wesentlich die wirtschaftliche Zukunft Hessens mit beeinflussen. Hessen hat die Chance, durch eine Direktanbindung an das Rhein-Ruhr-Gebiet den wirtschaftlichen Standortvorteil des Rhein-Main-Gebietes noch zu verbessern.

Kaum waren diese Pläne in der Öffentlichkeit bekanntgeworden, da **lehnte bereits der hessische SPD-Wirtschaftsminister Steger das Projekt der Schnellbahn ab**, obwohl die Landesregierung die Unterlagen überhaupt noch nicht eingesehen hatte. Dieser Schnellschuß erfolgte aus **Rücksicht auf die Grünen, die ihre Ablehnung erklärt hatten**.

Das Pikante an dieser sofortigen Absage: In der Anhörung bei der **Diskussion um den Bau der Startbahn 18 West** hatten sich die **Naturschutzverbände** — gerade unter dem Aspekt des Umweltschutzes — **für Schnellbahnen anstelle der Ausweitung des innerdeutschen Flugverkehrs** stark gemacht. Die grünen Naturschutzverbände versprachen sich von der Schnellbahn nicht nur weniger Flugverkehr, sondern auch den Umstieg von der Straße auf die Schiene.

Mißbrauch kommunaler Steuergelder

Bielefeld: Eine Standardforderung grüner Kommunalpolitik, nachzulesen im „Handbuch für alternative Kommunalpolitik“, einem Leitfaden für grüne Ratsherren/-frauen, ist das verbilligte „Nachttaxi für Frauen“. Doch bereits der erste Ausführungsversuch wurde ein großer Reinfall. Schon nach drei Wochen scheiterte in Bielefeld das Experiment mit Nachttaxis für Frauen. Das mit 200 000 Mark aus der Stadtkasse finanzierte Unternehmen mußte aufgegeben werden, weil dieses Geld binnen Kürze verbraucht war. Der im April 1986 abgebrochene Versuch sah einen einheitlichen Billigtarif von 2,50 DM zwischen 20.00 Uhr abends und 5.00 Uhr morgens vor. Das Projekt, das vom **Bund der Steuerzahler als Verschwendungen kritisiert** worden war, ging auf einen Beschuß der SPD-Fraktion und der grün-bunten Liste des Stadtrates zurück.

Der Probelauf scheiterte am häufigen **Mißbrauch des Nachttaxis**. So benutzten nicht wenige Frauen das Taxi für Touren von Kneipe zu Kneipe und zu Heimfahrten, die vor Mitternacht auch noch mit Straßenbahnen und Bussen möglich gewesen wären. Nicht wenige waren überdies auf die Idee gekommen, für Belanglosigkeiten das Nachttaxi zu bestellen. Nachdem der Versuch die Stadt allnächtlich 13 000 DM gekostet hatte und an einem Wochenende sogar 40 000 DM auf Steuerzahlerkosten verbraucht worden waren, stoppte man die „**schildbürgerstreichähnliche Schnapsidee**“.
(Stuttgarter Nachrichten, 24. April 1986; Süddeutsche Zeitung, 24. April 1986)

Obwohl dieser Probelauf in Bielefeld die Sinnlosigkeit eines solchen Unternehmens bewiesen hatte, hinderte dies die **Alternative Liste in Berlin** nicht daran, im Senat ein verbilligtes Nachttaxi für Frauen zu fordern. Wegen der zu erwartenden hohen Kosten von etwa 300 Millionen Mark lehnte der Berliner Senat dieses Projekt indes ab. Selbst bei einer Eigenbeteiligung von fünf Mark wäre noch mit Kosten von weit über 250 Millionen Mark zu rechnen gewesen. (Süddeutsche Zeitung, 25. September 1986) Trotz der offensichtlichen Mißbrauchsmöglichkeit wurde das Nachttaxi auch von den **grünen Rathausfraktionen in Unna** (Antrag der „autonomen Frauengruppe im SpontUN“ vom 13. Januar 1986 — Bereitstellung von 50 000 DM für das Frauen-taxis —) und **Hannover** (Antrag der „Grünen Alternativen Bürgerliste Hannover“ vom 16. September 1985) gefordert.

Gießen: In Gießen richtet die Organisation „Pro-Familia“ ein Zentrum ein, in dem jährlich 1 000 ambulante Abtreibungen mit einem **Zuschuß des Landes Hessen** durchgeführt werden sollen. (Gießener Anzeiger, 18. April 1986) Zum Skandal wird die Einrichtung der „Abtreibungsklinik“ vor allem durch die Berechnungen von „Pro-Familia“, die eine „Bedarfsquote“ von über 1 000 Abtreibungen pro Jahr ermittelte, „damit sich das Zentrum finanziell trage“. (Gießener Allgemeine, 8. März 1986) Das bedeutet im Umkehrschluß, daß gegebenenfalls die Beratungstätigkeit so ausgerichtet werden muß, daß die vorgesehenen Abtreibungsfälle auch tatsächlich zustande kommen.

Auf die Spitze trieb es der rot-grüne Magistrat von Gießen durch den Beschuß, „Pro-Familia“ mit 20 000 Mark zu fördern und gleichzeitig einen Sonderfond zu streichen, der mit knapp 15 000 Mark ausgestattet war und mit dem Frauen in Not

geholfen werden sollte, ihr Kind zu bekommen. Begründung für die Entscheidung:
„Der Magistrat erachte es nicht für sinnvoll, durch einen finanziellen Anreiz eine Schwangere zum Austragen ihres Kindes zu veranlassen ... Es sei gefährlich, den Betroffenen vorzugaukeln, mit einem Zuschuß von 200 oder 300 DM sei ihr Problem gelöst.“ (Gießener Allgemeine, 14. März 1986)

Die Vorgänge um „Pro-Familia“ in Gießen lösten einen Proteststurm in der Bevölkerung aus. Mehr als 25 000 Menschen beteiligten sich in den letzten Monaten an einer Unterschriftenaktion, mit der sie gegen die Errichtung einer Abtreibungsklinik protestierten.

Das Sozialministerium hat am 29. Oktober 1986 bekanntgegeben, daß der zugesagte Landeszuschuß von 93 485 Mark für das von „Pro-Familia“ geplante ambulante Abtreibungszentrum nun doch auszuzahlen ist. Die Auszahlung war wegen der Proteste der Bevölkerung seit Frühjahr 1986 ausgesetzt worden. (Gießener Allgemeine, 30. Oktober 1986)

Wiesbaden: In Wiesbaden, wo es ebenfalls ein rot-grünes Bündnis gibt, wurde das Forschungsinstitut für Friedenspolitik e.V., Starnberg (Vorsitzender: der Grüne Alfred Mechtersheimer), vom Magistrat beauftragt, eine „regionale Militäranalyse“ zu erstellen. Sie trägt den Titel: „Wiesbaden — eine Fallstudie zur Dominanz des Militärischen in der Gestaltung der westdeutschen Lebensverhältnisse.“ Der Unsinn erhält auch eine amtliche Begründung. Der linke Magistrat hofft, „daß die Stadt Wiesbaden ihren Ruf als Förderer von Projekten eines neuen Denkens zum Nutzen ihrer Bürger mit der Vergabe der regionalen Militäranalyse weiterhin stärkt und den begonnenen Weg, als Kommune neue Beiträge zur Friedenssicherung zu leisten, so konsequent wie bisher fortsetzt.“ — **Verschleuderte Steuergelder: 26 000 Mark.** (Hessen Kurier, Nr. 9/1986)